

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarch
1 Thlr. 1/4 sgr.

Expedition:
Krautmarkt Nr 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

No. 59. Mittwoch, den 17. April 1850.

Berlin, vom 17. April.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem katholischen Geistlichen, Kaplan Mengerling zu Dingden, dem Oberlehrer Dr. J. Müller zu Aachen und dem Steuer-Einnehmer Pfeiffer zu Lübbenau, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Zimmermeister und Stadtverordneten Maas zu Mansfeld, dem Stadt-Lehrer Knopf zu Baudsburg, Regierungs-Bezirk Marienwerder, dem Lehrer Johann Dally zu Wollin, Regierungs-Bezirk Stettin, und dem Orts-Schulzen Raas zu Biehlen, Kreis Lübben, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 13. April. Nach den unter den Regierungen der zum Zollverein gehörenden Staaten bestehenden Verträgen hätte im Jahre 1848 ein neuer Zolltarif für die dreijährige Periode von 1849 bis 1851 berathen und festgestellt werden sollen. Mit Rücksicht auf die in jenem Jahre eingetretenen politischen Ereignisse und die daran geknüpften Hoffnungen auf Herstellung einer einheitlichen Zollverfassung für das gesammte Deutschland, wurde jedoch damals von Seiten Preußens den übrigen Vereins-Regierungen der Vorschlag gemacht, die für jenes Jahr anberaumte General-Konferenz, deren Hauptzweck die Berathung und Feststellung eines neuen Vereins-Zolltarifs gewesen wäre, auszusetzen, den bestehenden Zolltarif vorsorglich für das Jahr 1849 zu verlängern und über verschiedene, mit dem 1. Januar 1849 in Wirksamkeit zu setzende Zollbefreiungen und Zollermäßigungen sich zu verständigen. Die übrigen Vereins-Regierungen traten diesen Vorschlägen, so weit solche auf Aussetzung der General-Konferenz und Verlängerung des bestehenden Zolltarifs gerichtet waren, bei, und es wurde von den, aus anderer Veranlassung in Frankfurt a. M. anwesenden Kommissarien sämtlicher Vereins-Regierungen vereinbart, daß der Zolltarif auch vom 1. Januar 1849 an bis auf Weiteres in Kraft bleiben solle, und daß, wenn anders nicht die zur Herstellung einer einheitlichen Zollverfassung Deutschlands getroffenen Einleitungen zu einem Resultate führten, nach welchem eine Revision des Vereins-Zolltarifs überflüssig würde, alsdann letztere durch eine General-Konferenz erfolgen müsse, welche, wenn nicht schon früher, doch längstens auf den vertragsmäßig bestimmten Termin im Juni 1849 zu berufen wäre.

Auch bei dem Herannahen dieses Termins mußte es der königlichen Regierung mit Rücksicht auf die Lage der politischen Verhältnisse in Deutschland bedenklich erscheinen, zu der vorbehaltenen Revision des Zolltarifs zu schreiten.

Die übrigen Vereins-Regierungen theilten dieses Bedenken und man einigte sich dahin, dem Zusammentreten einer General-Konferenz in Zollvereins-Angelegenheiten noch Anstand zu geben und es einstweilen bei dem bestehenden Zolltarife zu belassen.

Inzwischen hat sich die von allen Seiten anerkannte Nothwendigkeit einer gründlichen Reform dieses Tarifs immer dringender geltend gemacht, und wenn auch die Bedenken, welche der Revision des Tarifs im verfloffenen Jahre entgegenstanden, noch nicht völlig und nach allen Seiten hin gehoben sind, so ist doch das Interesse, welches Handel und Industrie bei der Tarifreform haben, zu dringend geworden, um nicht diese Bedenken zu überwiegen.

Die königliche Regierung hat daher bei den übrigen Vereins-Regierungen den Antrag gestellt, die zweimal ausgesetzte General-Konferenz nunmehr zu Anfang Juli d. J., und zwar früheren Beratungen gemäß, in Kassel zusammentreten zu lassen. Die von Preußen zu stellenden und auf dieser Konferenz zu erörternden Vorschläge wegen Abänderung des Tarifs unterliegen der Berathung zwischen den beteiligten Ministerien und werden demnachst einer Versammlung von Handel- und Gewerbetreibenden aus allen Theilen des Staats zur Begutachtung vorgelegt werden. In dieser Versammlung, wegen deren Bildung der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in diesen Tagen Verfügung getroffen hat, und welche in der ersten Hälfte des Mai hier zusammentreten wird, soll eine jede der acht Provinzen durch vier Abgeordnete vertreten sein. Die Wahl der letzteren hat in der Provinz Posen, wo weder Handelskammern noch kaufmännische Corporationen bestehen, dem Ober-Präsidenten überlassen werden müssen, in allen übrigen Provinzen wird sie durch die gesetzlichen Organe des Handelsstandes erfolgen. Die verschiedene Anzahl dieser Organe in den einzelnen Provinzen hat dabei ein verschiedenartiges Verfahren notwendig gemacht; in der Provinz Schlessen und in der Rheinprovinz, wo mehr Handelskammern vorhanden als Abgeordnete zu wählen sind, wird jede Handelskammer einen Wahlmann wählen und von den letzteren die Wahl der vier Abgeordneten vorgenommen werden; in der Pro-

vinz Pommern werden sich die Kaufmannschaften der vier neuvorpommerschen Handelsplätze in gleicher Weise zur Wahl eines Abgeordneten vereinigen, während von den drei anderen Abgeordneten zwei durch die Vorsteher des Stettiner und einer durch die Aeltesten des Kolberger Handelsstandes werden erwählt werden. In der Provinz Preußen wählen die Handels-Vorstände von Memel, Königsberg, Elbing und Danzig, in der Provinz Sachsen die drei Handelskammern zu Halle, Erfurt und Mühlhausen und die Vorsteher der Kaufmannschaft in Magdeburg, in der Provinz Westfalen die vier Handelskammern zu Minden, Bielefeld, Hagen und Siegen, jede einen Abgeordneten. Für die Provinz Brandenburg endlich, welche nur in den Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft ein gesetzliches Organ des Handelsstandes besitzt, hat die Wahl der vier Abgeordneten diesen Aeltesten um so mehr überlassen werden können, als in der Provinz kaum ein kommerzielles oder industrielles Interesse von Bedeutung vorhanden ist, welches nicht in dem hiesigen Handelsstande seine Vertretung fände.

Berlin, 16. April. Preußen und Deutschland dürfen sich Glück wünschen zu den drei Tagen, die fortan hoffentlich die Untrennbarkeit ihrer Namen, ihrer Aufgaben und ihrer Geschichte festgestellt haben. Mit Vertrauen hat Deutschland seine Zukunft Preußen überantwortet, mit Entschlossenheit wird Preußen diese Verantwortung übernehmen.

Wenn vom Spätherbst 1848 Preußen sein Hervorgehen aus drohendem Untergange datirt, wenn es den Anstrengungen seiner Vertreter und seiner freitbaren Jugend die Wiedergeburt im Jahre 1849 dankt, so hat 1850 die Bahn eröffnet zu neuem welthistorischem Aufschwunge. Nichts läßt zweifeln, daß unsere Regierung sich entschieden habe, diese Bahn zu betreten, Hand in Hand mit der parlamentarischen Mehrheit, welche von ihrem vollständigen Bewußtsein über den Umfang jener Aufgabe durch seine Organe, durch die Stimmen Camphausens und Bodelschwinghs, Vincke's und Bederath's ein sonnenklares Zeugniß ablegt.

Ein unvergleichliches Glück bietet dem Muthe des Herrn v. Manteuffel diesen dritten Lorbeer. Er wird ihn, wir hoffen es, in das Diadem des Fürsten flechten, dessen Inspiration seine Berather heut eben so erfüllen wird, wie in jenen großen Momenten, die über das Loos des Vaterlandes segensreich entschieden.

Was zu diesen Hoffnungen auch äußerlich berechtigt, ist die von Erfurt kommende Nachricht, daß dort der Verwaltungsrath, wie hier das Ministerium, sich den letzten Beschlüssen des Volkshauses anschliesse. Hierzu stimmt die von einem hiesigen Blatt als offiziell gegebene Berichtigung der in die Zeitungen übergegangenen telegraphischen Depesche vom 14ten: „Der Ausspruch des Herrn v. Radowitz, daß der Annahme der Gründung des Bundesstaates Gefahr drohe, bezieht sich nur auf den Antrag der Linken, nicht aber auf den bereits angenommenen Antrag des Herrn v. Bodelschwingh.“ Wir dürfen wohl baldigen Mittheilungen entgegensehen, die jeden Zweifel über die Entschließung der preussischen Regierung lösen. (C. 3.)

Berlin, 16. April. Man glaubte Anfangs, daß in Folge des Rücktritts des Generals von Bonin alle preussischen Offiziere aus der schleswig-holsteinischen Armee ausscheiden würden. Wir dürfen diese Ansicht als eine irrige bezeichnen. Den im schleswig-holsteinischen Heere dienenden preussischen Offizieren ist nämlich, wie wir hören, in den jüngsten Tagen bedeutet worden, daß der Rücktritt des erwähnten Herrn Generals nicht auch ihr Ausscheiden bedingt, dagegen dürfen sie, so lange sie noch preussische Offiziere sind, nicht definitiv in die schleswig-holsteinische Armee übertreten.

Zwischen der Stadt Berlin und dem Kriegsministerium schwebten bekanntlich schon früher Unterhandlungen über die Frage, wer die Reparaturkosten der vom Staat der ehemaligen Berliner Bürgerwehr gelieferten Waffen zu tragen habe? Diese Kosten belaufen sich, wie jetzt berechnet ist, auf 1350 Thlr., da namentlich die Gewehre unter dem Einfluß der November-Ereignisse theilweise in sehr desolaten Umständen zurückerliefert wurden. Neuerdings ist nun der Befehl vom Militär-Gouvernement ergangen, mit der Reparatur der Gewehre, welche bis jetzt zurück gestellt waren, thätig zu beginnen. Zugleich ist die städtische Behörde aufgefordert worden, sich bei der Aufnahme des Reparatur-Etats durch einen Deputirten vertreten zu lassen, um dadurch von der Wichtigkeit desselben Einsicht zu erhalten. Diese Aufforderung beweist, daß das Ministerium auf die obige Forderung an die Stadt beharrt, der sich dieselbe denn auch nach Lage der Sache schwerlich wird entziehen können. Die Reparatur der Waffen selbst soll beschleunigt werden, was mit den übrigen militärischen Vorbereitungen zusammenhängen mag, von denen früher berichtet ist. (B. 3.)

— Die Schwurgerichtsperiode für die erste Hälfte des Monats April wurde gestern unter dem Vorsitz des Criminalraths Nörner mit der bereits früher einmal begonnenen aber wieder unterbrochenen Gerichtsverhandlung gegen den Literaten Ludwig Eichler geschlossen. Die Anklage gegen Eichler war nach den bereits früher in diesen Blättern gemachten Mittheilungen eine dreifache: 1) Majestätsbeleidigungen, begangen in einer Volksversammlung in Merseburg, 2) versuchten Aufruhr, begangen in einem von ihm verfassten Plakat, 3) versuchten Aufruhr, begangen durch Aufreizung des Volks zum Widerstand gegen eine Schützmanns-Abtheilung. Die Geschworenen sprachen nach sehr langer Verhandlung, welche bis gegen Abend währte, ad 1. das Nichtschuldig aus, weil widersprechende Zeugenaussagen vorhanden waren, ad 2 und 3 wurden aber auf Schuldig erkannt und setzte der Gerichtshof die Strafe auf 9 Monat Festungsarrest, nebst Verlust der Nationalkardate fest. Als Staatsanwalt fungirte Herr Adler, als Bertheidiger Herr Volkmar.

— Ueber die Leipziger Messe geht uns folgende Notiz zu: Man hatte eine weit bessere Messe erwartet als sie sich faktisch herausstellte. Man glaubte sich zu dieser Erwartung durch die politischen Constellationen berechtigt. — Die diesmalige Messe ist nur eine mittelmäßige, der Absatz ist mit Ausnahme von Leder und Posamentier-Waaren, die recht gut gehen, nicht eben bedeutend. Man vermist namentlich orientalische Käufer. (Woff. 3.)

— Der katholische Regierungsrath Bogedain in Dppeln, früher Mitglied der zweiten Kammer, ist wegen verweigerter unbedingter Eidesleistung auf die Verfassung, suspendirt.

— Die Liga polska hat sich bekanntlich vor einiger Zeit aufgelöst. Diese Auflösung war übrigens nur Schein und hatte nur den Zweck, die Regierung über die Wirksamkeit dieser weit ausgedehnten politischen Verbindung zu täuschen; denn gerade nach ihrer Auflösung entwickelt die Liga polska eine größere Thätigkeit als früher, natürlich im Geheimen, was übrigens den Behörden nicht lange verborgen bleiben konnte. Die Leser dieser Blätter werden sich erinnern, daß vor kurzer Zeit hier zwei Emiffäre, ein Pole und ein Franzose, verhaftet wurden. Es hat sich nun, wie wir hören, herausgestellt, daß dieselben mit der Liga polska in der engsten Verbindung stehen und zu geheimen, leicht zu errathenden Zwecken hierher gesandt worden.

— Die R. C. schreibt: Man glaubt hier nicht, daß Herr von Willisen gegen den Wunsch der preussischen Regierung an Feindseligkeiten gegen Dänemark sich betheiligen oder gar dieselben leiten werde. Gutunterrichtete halten vielmehr dafür, daß der General nur als der Diplomat in Waffen nach Schleswig gegangen ist.

— Man hofft, daß der König von Sachsen den in der Maiuntersuchung zum Tode verurtheilten Herrn v. Glümer begnadigen werde. Versuche, hier in Berlin eine Verwendung zu bewirken, sollen gescheitert sein, vermuthlich wohl deshalb, weil der Verurtheilte preussischer Landwehr-Offizier ist.

— Der Prinz von Genua wird dieser Tage in Dresden erwartet, wo die Vermählung desselben mit der Prinzessin Maria Elisabeth von Sachsen gegen Ende d. M. vor sich gehen wird.

Erfurt, 14. April. Erst jetzt, nachdem eine Nacht seit der letzten, bedeutenden Parlaments-Abstimmung verfloßen ist, läßt sich die Wirkung bestimmt kennen und angeben, welche jenes Resultat theils auf die Parlaments-Parteien, theils auf das theilnehmende Publikum ausgeübt hat. Im letzteren war die anfängliche Stimmung, so weit wir sie sogleich zu beobachten Gelegenheit gehabt haben, eine schmerzliche, niedergedrückte; man hielt sich überzeugt, daß gerade der Zweck, der durch die en-bloc-Annahme erreicht werden sollte, die sichere Herstellung des Bundes gefährdet sei und daß durch dieses Verfahren das ursprüngliche Ziel dem Parlamente unter den Händen verloren gehe. Man beklagte die Unbeugsamkeit der gothaer Partei und beschloß aus dieser Ungeneigtheit, die klar ausgesprochene Absicht der preussischen Regierung zu unterstützen, auch auf späteres oppositionelles Verhalten. Nur die Gegner des Bundesstaates zeigten offene Freude, weil sie in diesem Verfahren des Parlaments theils eine Garantie von dem Nichtzustandekommen der Union, theils eine Handlung erblickten, durch welche sich der falsche Constitutionalismus eine neue Wunde beigebracht habe. Was derjenige Theil der Bevölkerung dachte und äußerte, dessen ganze politische Auffassungsweise immer noch von dem Mißtrauen ausgeht und der in seinem „Liberalismus“ seit dem Jahre 1848 um keine Erkenntniß reicher geworden ist, das braucht kaum erwähnt zu werden; diese Leute sind sich überall gleich, ihr Empfinden und Denken läßt sich, da es nach fester Schablone vor sich geht, stets vorausbestimmen. — Nachdem aber jetzt der erste Eindruck bereits vorüber ist, zeigt sich überall größere Veruhigung. Im Vertrauen auf die feste Regierung Preußens fürchtet man für das engere Vaterland nichts, giebt aber in der Erkenntniß der Nothwendigkeit einer Einigung die Hoffnung auf den Bundesstaat nicht auf, nur hat sich der Glaube, daß er auf diesem Wege gefunden werde, noch nicht wieder hergestellt. Allgemein hört man das Dafürhalten aussprechen, die Mehrheit des preussischen Volkes werde sich durch diesen Beschluß verletzt fühlen, es sei unbillig, um nicht zu sagen ungaslich, gehandelt, wenn die nicht preussischen Deputirten über Preußen, das ihnen Halt und Schutz uneigennützig biete, dominiren wollten, wollten jene Herren wirklich, wie sie so oft geäußert, mit der preussischen Regierung gehen, so hätten sie es zunächst in der Hauptfrage zeigen sollen; Preußen könne und dürfe sich nicht von den kleineren Staaten ins Schlepptau nehmen lassen. — So viel über die Stimmung im Volke. Den Par-
lamentsgliedern konnte kaum nach den Berechnungen über die Parteistärke das Resultat unerwartet kommen, nur das Zahlenverhältniß der Abstimmung hat man weniger ungünstig für die Rechte erwartet; diesen unerwarteten Verlust von etwa zehn Stimmen schreibt man der Rede des Abgeordneten von Bodelschwingh zu. Da die gestrige Abstimmung nur eine formelle Bestimmung betraf, aus vielen Erscheinungen aber hervorgeht, daß dieselbe Spaltung des Volkshauses nicht auch in Betreff der materiellen Fragen des Entwurfs gilt, so steht mit Gewißheit zu erwarten, daß in den nächsten Tagen eine andere Gruppierung der Stimmen hervortreten wird. (D. Ref.)

Erfurt, 15. April, 3¼ Uhr Nachmittags. (Tel. Dez. v. D. R.) So eben ist dem Reichs-Vorstand das absolute Veto mit einer an Einstimmigkeit gewöhnlichen Majorität auf Antrag des Ausschusses und ohne Diskussion bewilligt worden.

— In diesem Augenblick finden Verhandlungen über das Budget statt, und dürfte die Sitzung erst nach 3 Uhr geschlossen werden.

Erfurt, Montag, 15. April, Nachmittags 4 Uhr 45 Minuten. In der heutigen Sitzung des Volkshauses beantragte die Rechte statt des Staatenhauses die Einsetzung eines Fürstenhauses, von Fürsten selbst oder Stellvertretern (Prinzen) nach Zahlenverhältniß des Bundestags-Plenums. General v. Radowiz stimmt gegen diesen Antrag, der verworfen wurde. (Tel. D. v. Woff. 3.)

Breslau, 12. April. Wir theilten, schreibt die N. D. Z., vor mehreren Tagen nach dem Berliner E. B. mit, daß einer der verschmitztesten Diebe unserer Provinz von Berlin nach Breslau, mit Eisen an den Händen gefesselt, transportirt worden sei. Es war der als Kirchenräuber und Juwelendieb berühmte Jude Bloch. Er wurde von der preussischen Polizei in Hamburg in dem Augenblick ergriffen, als er ein Schiff besteigen wollte, um nach Amerika hinüber zu segeln. Von Hamburg brachte man ihn nach Berlin und von da nach Breslau. Hier angekommen, erblickte er auf dem Bahnhofe einen seiner Spießgesellen, Namens Meister, mit dem er sich durch Winke sofort verständigte, ohne daß der in Breslau gänzlich unbekannt Transporteur etwas merkte. Da der letztere Hunger verspürte, so ging er merkwürdiger Weise auf das Verlangen des Bloch ein, ihn vor Ablieferung in das Polizeigefängniß in eine Restauration zu begleiten. Meister trat an Beide heran, erbot sich, sie in eine Restauration zu führen, nahm sie aber in seine eigene, dem Bloch schon früher bekannte Wohnung mit. Aus dieser entfernte sich Bloch schon nach wenigen Minuten und schloß die Thüre hinter sich ab, so daß der Transporteur ihm nicht folgen konnte. Bis jetzt hat die Polizei noch nicht wieder seiner habhaft werden können.

Breslau, 13. April. In der verfloßenen Nacht wurden mehrere Unteroffiziere der hiesigen Garnison, weil sie in einer Restauration preussische Lieder gesungen hatten, von den anwesenden Civilpersonen bei ihrem Fortgehen auf der Schmiede-Brücke insultirt, wobei es zu einem Handgemenge kam.

— Wie das Schlesische Kirchenblatt meldet, haben die theologischen Professoren in Breslau auch nur mit dem Vorbehalt geschworen. (Schl. 3.)

Aachen, 14. April. Das Erzbischöfliche General-Vikariat hat durch Circular vom 12. d. M. die Schulpfleger, Religionslehrer an den Gymnasien und überhaupt alle Geistlichen an öffentlichen Anstalten anweisen lassen, vor Ableistung des Verfassungseides Verhaltungsmaßregeln einzuholen. (D. R.)

Erier, 12. April. Sicherem Vernehmen nach wird morgen Herr Bischof Arnoldi nach Köln abreisen, wo eine Konferenz mehrerer Bischöfe in Betreff ihres Verhaltens gegenüber der von der Regierung geforderten unbedingten Eidesleistung auf die Verfassung Seitens der geistlichen Beamten stattfinden soll. (S. u. M. 3.)

Münster, 6. April. Am 3ten überreichte eine Deputation von mehr als 1200 Bürgern unterschrieben, dem Bischof eine Dankadresse für die Hieherberufung der Jesuiten. (E. 3.)

Dresden, 11. April. Dem Dresdn. Journal zufolge entbehren die Gerichte von einem in nächster Zeit in Dresden stattfinden sollenden Fürstentagereise alles und jeden Grundes.

Dresden, 13. April. Von den Maiangeklagten ist neulich wieder der Maler Lösche zum Tode verurtheilt, drei andere, der Schiffzieher Diesegang, die Handarbeiter Ulrich und Kurtsch, welche unter Anderm auch der Brandstiftung auf der kleinen Brüdergasse bezüchtigt waren, sind zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe kondemnirt worden. (N. D. 3.)

— 14. April. Ein halb offizieller Artikel des Dresdner Journals lautet: Das Neue Dresdner Journal läßt sich aus Berlin schreiben, das sächsische Cabinet sei von dort aus ernstlich aufgefordert worden, sich zu erklären, ob es dem Dreikönigsbündnisse aufrichtig angehören, oder ob es sich gleich Hannover davon losagen wolle. Wir können versichern, daß diese Nachricht eben so ungegründet ist als die, welche einige Blätter unlängst bezüglich einer preussischen Note brachten, die das Befremden des Berliner Cabinets darüber ausgesprochen haben sollte, daß Sachsen sich bei der Münchener Uebereinkunft habe betheiligen können. So viel uns bekannt, ist die sächsische Regierung dem Beispiele Hannovers darum nicht gefolgt, weil sie durch eine Losagung vom Bündnisse des 26. Mai den ihr unzweifelhaft zur Seite stehenden rechtlichen Standpunkte nicht verrücken will. Sie ist ihrerseits den bei Abschließung jenes Vertrages eingegangenen Verpflichtungen getreu geblieben, sie hat dagegen beharrlich verweigert, sich an Vorschriften zu betheiligen, zu denen sie sich nicht verbindlich gemacht hatte, und es bedarf keiner Losagung von dem abgeschlossenen Vertrage, um bei diesem Verfahren zu beharren. Wenn das Bündniß vom 26. Mai seinen Zweck verfehlt und jedenfalls für Sachsen keine praktischen Folgen mehr haben kann, so trifft die Verantwortung dafür lediglich die Regierungen, welche der Warnungen und des Widerspruches von Sachsen ein Werk begannen, welches eben so sehr außerhalb der Bundesverträge als des Vertrages vom 26. Mai liegt. Nachdem aber die sächsische Regierung zweimal gegen die Einberufung des Erfurter Reichstages und dessen Beschlüsse Verwahrung eingelegt hat und beide Kammern in Sachsen die auf Beschickung dieses Reichstages gerichteten Anträge verworfen haben, so kann dem Erfurter Parlamente das unschuldige Vergünnen gegönnt werden, die sächsischen Stimmen mitzuzählen.

Dresden, 14. April. Gestern Morgen zwischen 3 und 4 Uhr ist der zuletzt im Amts-Arrestlokal auf der inneren pirnaischen Gasse inhaftirt gewesene und in Folge seiner Betheiligung an den Mai-Ereignissen zum Tode verurtheilte vormalige Oberst-Lieutenant in griechischen Diensten, Heinze, von hier abgeführt und auf der Festung Königsstein in sicheren Gewahrsam gebracht worden. Die Uebersiedelung desselben ist in aller Stille und ohne erheblichen militairischen Apparat erfolgt. (St.-A.)

Braunschweig, 14. April. Ein unbedeutender Vorfall hat unsere sonst sehr ruhige Stadt gestern spät in Alarm gesetzt. Die hiesigen Tischlergesellen hatten ihre Herberge in ein Lokal verlegt, dessen Eigenthümer keine Schankgerechtigkeit besaß. Sie wurden angewiesen, die Herberge, den bestehenden Vorschriften gemäß, in ein concessionirtes Local zu verlegen; und da dies nicht erfolgte, riß in der Nacht vom 13ten die Polizei das Herbergsgelände ab und verpflanzte es in das neue Local. Hierüber tumultuirten die Gesellen, holten ihr Schild mit Gewalt ab, und wurden von

der stark aufgetretenen Volkswehr zur Ruhe gebracht, wobei es zerbrochene Fensterscheiben und blutige Köpfe setzte. (C. 3.)

Hanau, 11. April. In der Sitzung der Assisen von heute Vormittag wurde zuvörderst der Tagelöhner Heil vernommen, der im Schmidt'schen Hause arbeitete. Seine Aussage ist sehr interessant. Er war zwischen 4 und 5 Uhr nach Hause gekommen und hatte Haus und Garten von Bewaffneten besetzt gefunden, welche eben Auerwald hinausgeschleppt und erschossen. Der Zeuge mußte ein Licht in den Keller holen und man suchte, da der Schlüssel zu dem Lattenverschlage fehlte, seinen Inhalt von Außen zu erforschen. Das Licht wurde näher an den Verschlag gebracht und ein junger Mensch rief: „Dahinter ist etwas Schwarzes, da steckt er!“ Der Zeuge wurde gezwungen eine Art zu holen, die Thür wurde aufgeschlagen und in einem für Aepfel bestimmten Behälter Lichnowsky gefunden. Er bat um sein Leben und erklärte, er wolle Alles für des Volkes Wohl thun. Die Antwort war: Das hätte er früher thun sollen, jetzt sei es zu spät, er müsse sterben. Zwei Anwesende baten ebenfalls um sein Leben. „Wollt Ihr damit die Republik? Schämt Ihr Euch nicht einer solchen That?“ rief der eine, Herr Pilot, dem Hausen zu; sie wurden mit Drohungen entfernt, Lichnowsky dann hinausgezerrt und erschossen. Der Zeuge hat Niemanden erkannt.

Es wurden sodann auf den Antrag der Staatsbehörde verschiedene Personen über das Aussehen der Angeklagten zur Zeit der That, namentlich über den Punkt ihres Bart- und Haupthaars vernommen; die Angaben lauteten aber sowohl unter einander als mit den Aussagen der Angeklagten selbst widersprechend, so daß darüber um so weniger etwas festgestellt ist, als die Zeugen ihrer Angaben nicht einmal ganz sicher waren.

Drei folgende Zeugen, ein Gärtnerbursche und zwei Seilergesellen, die in der Nähe gearbeitet, deponiren wenig Neues. Der eine hat gehört, daß, als Auerwald gebunden war, der Hause geschrien: „der Parlamentshund muß sterben.“ Sie haben zugleich gesehen, daß auf Auerwald zwei, auf Lichnowsky drei Schüsse abgefeuert sind. Beim ersten Schuß hat Lichnowsky die Hände in die Höhe gestreckt und „Ach Herr Jesus“ gerufen, beim zweiten ist er gestürzt, der dritte hat ihn getroffen, als er bereits am Boden lag. Unterweges hat er einem der Bewaffneten seine Senze zu entreißen gesucht. Bekannt hat der Zeuge Niemanden.

Wieder neue Einzelheiten geben die nächsten Zeugen, die beiden erst gestern Morgen Denominirten aus Oberhessen, welche zur Messe nach Frankfurt gekommen waren und, als sie die Stadt verließen, nach dem Schauplatz der Mordscene gelangten. Auerwald fanden sie bereits todt im Graben, Lichnowsky wurde eben herausgeführt und die Bande stellte sich im Halbkreise auf, um ihn zu erschließen. Lichnowsky faßte einem der Bewaffneten nach dem Gewehr, ein anderes auf ihn angelegtes Gewehr bligte ab, aber ein neuer Schuß traf und als er eben am Boden lag, wurde noch gefeuert.

Endlich wurde noch der Dr. Hodcs aus dem nahen Bornheim vernommen. Auch er fand Auerwald bereits todt; er suchte darauf Lichnowsky zu retten, indem er den Hausen namentlich auf die Möglichkeit aufmerksam machte, abgeschritten zu werden, und er glaubt, daß man hinfort nur die Absicht gehabt habe, den Fürsten gefangen wegzuführen. Aber unterwegs seien einige der Wildesten herbeigekürzt und hätten ihm, gleichsam um ein Andenken zu haben, Stücken aus dem Rock gerissen; Lichnowsky, in der Meinung, man wolle ihn hinterrücks ermorden, habe einem der Bewaffneten nach dem Gewehr gefaßt und alsbald sei ein Schuß gefallen, der Lichnowsky, welcher laut aufgeschrien, erst taumeln gemacht, dann zu Boden geworfen habe. Die Kugel ist, wie er bestimmt behauptet, durch den Rücken eingedrungen. Der Zeuge hat später den schwer Verwundeten zuerst verbunden. Er erklärt übrigens selbst, daß er seine Wahrnehmungen in einem höchst aufgeregten Zustande gemacht, da er selbst mehrmals bedroht worden, und in der That hat er nicht einmal gehört, ob vorher und nachher noch Schüsse gefallen, wie doch alle andere Zeugen einstimmig versichern.

Hanau, 11. April. In der heutigen Nachmittagsitzung der Assisen wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Der erste Zeuge, ein Rutscher, hat nichts gesehen, als daß Lichnowsky und Auerwald, während sie zu Pferde die Frieberger Chaussee herabkamen, von Steinwürfen und Flintenschüssen verfolgt wurden, und später, aber aus weiter Ferne, daß Auerwald ermordet ward. Die Zeugin Haus, aus einem dem Schmidt'schen Garten schräg gegenüber liegenden Hause, hat Lichnowsky mit seinem Pferde an der Hand an der Hecke ihres Gartens gesehen, und auf ihr Rufen hat ihr Mann den Zaun durchbrochen, das Pferd zuerst in ihren, dann hinter Lichnowsky her in den Schmidt'schen Garten geführt, wo ihm der dort wohnende Lehrer Schnepf dasselbe abgenommen. Sie hat dann einen Hausen Bewaffneter, darunter einen Fahnenträger, in diesen Garten dringen, und endlich Auerwald erschießen sehen. Der Angeklagte Ludwig wiederholt bei dieser Gelegenheit seine frühere, obgleich von keinem der zahlreichen Zeugen bestätigte Angabe, daß Lichnowsky ein Pistol abgefeuert habe. Die eben genannte Zeugin sowohl als ihr Mann, der im Uebrigen nichts Neues deponirt, erzählen endlich noch, daß Auerwald beim ersten Schusse schon niedergestreckt, daß der zweite auf ihn abgefeuert sei, als er schon im Graben gelegen, daß ein Weib ihn mit einem Regenschirm auf den Kopf geschlagen und, nachdem er gefallen, noch mit Steinen auf ihn geworfen habe. Mehrere noch folgende Zeugen sagen entweder gar Nichts von Erheblichkeit, oder doch nicht das mindeste Neue aus; nur bestätigt einer derselben, daß dem ersten Bewaffneten, der auf Lichnowsky anlegte, das Gewehr versagte.

Bei weitem interessanter waren die Aussagen der drei letzten Zeugen, sämtlich aus Nilbad. Ich werde aus denselben indeß, wie immer, nur das hervorheben, was sie für die früheren Aussagen vervollständigend oder berichtigend enthalten. Der erste dieser Zeugen, Jacoby, hat zuvörderst gesehen, wie Lichnowsky und Auerwald an der „eisernen Hand“ an einem Hausen Bewaffneter vorbeisprengen. Einer von diesen, ein Turner mit einem rothen Bart, rief: „Das ist Lichnowsky; nieder mit ihm!“ und alsbald fielen mehrere Schüsse auf die Reiter. Etwas später wurden zwei ledige Pferde durch die Pappel-Allee nach Bornheim geführt; Zeuge ging an den Schmidt'schen Garten heran und hörte hier von einem aus dem Hausen, der das Haus durchsuchte, den Ruf: „Da siehst Auerwald durchs Fenster!“ Unmittelbar darauf wurde er herausgeschleppt. Unter den Umstehenden, die ihn mißhandelten, zeichnete sich besonders ein Weib aus, das ihn mit einem Regenschirm auf den blutenden Kopf schlug. Auerwald bat um sein Leben; er habe fünf unmündige Kinder zu Hause, und erst vor

Kurzem sein Weib verloren. Man führte ihn über das Brückchen, ein Mann faßte ihn am Genick und warf ihn in den Graben; als er sich wieder aufrichtete, fiel von hinten ein Schuß auf ihn; den Thäter hat der Zeuge nicht gesehen; den zweiten Schuß that ein Mann mit einem großen schwarzen Barte in der Bockenheimer Schützen-Uniform aus einer Büchse. Der Schuß traf den Kopf. Der Sterbende wurde dann noch geschimpft und mit Steinen geworfen. Gleich darauf hieß es, Lichnowsky sei gefunden, und alsbald wurde er durch die Allee geschleppt. Der Fürst riß einem Bewaffneten ein Bajonnetgewehr weg, es wurde ihm aber wieder abgenommen, und nun fielen, fast gleichzeitig, zwei Schüsse. Beim ersten fuhr Lichnowsky mit der Hand empor, beim zweiten stürzte er. Aus großer Nähe feuerte dann noch ein junger Mensch in Turnerkleidung aus einem Bajonnetgewehr, und, während er am Boden lag, zog ihm ein anderer junger Mensch mit einem Hakenstock den Handschuh von der schwer verwundeten Hand. Der Zeuge erkennt indeß von sämmtlichen Angeklagten Niemanden.

Der zweite Zeuge, Brunnenträger, hat einen der Reiter zu dem anderen sagen hören: „Es ist doch arg, daß man nicht mehr spazieren reiten kann.“ Der eine von denen, welche auf Auerwald geschossen, hat eine dunkle Turnerkleidung angehabt. In der Voruntersuchung hatte er erklärt, der Statur nach könne der Angeklagte Ludwig es sein; heute zeigte er Anfangs auf den Angeklagten Georg, wiederholte indeß schließlich seine frühere Aussage und meinte nur, Ludwig habe sich sehr verändert.

Der dritte Zeuge, Bamberger, sagt den interessanten Umstand aus, daß, als einer der Umstehenden die mit mehreren Ringen bedeckte Hand des ermordeten Auerwald betastete, ein Anderer ihn mit den Worten versuchte: „Und wenn es auch dem Volke geraubtes Gut ist, so darf doch nichts genommen werden!“ Im Schmidt'schen Garten hat er namentlich einen großen Mann mit schwarzem Bart, mit Pech an den Händen, mit einem Gewehr bewaffnet, nach Lichnowsky suchen sehen; später tritt ein Jude zu ihnen, der sich als „Buxweiler“ zu erkennen giebt und fragt nach Auerwald, und als er hört, daß er erschossen sei, springt er vor Freude in die Höhe und ruft: „Nun ist Deutschland gerettet!“ eilte dann Lichnowsky nach, der eben in die Allee geschleppt wird und schlägt mit dem Stocke auf ihn los. Auf Auerwald hat er einen Mann mit großem schwarzen Bart in grüner Uniform schießen sehen. Er hat außerdem gehört, daß Dr. Hodcs sich warm für Lichnowsky verwandte und daß derselbe, als er in dem Hute des bereits Ermordeten eine Visitenkarte bemerkte, ausgerufen: „Ach Gott, das ist ja der ehrliche Auerwald!“ Der ehrliche Auerwald. Gibt es eine schönere Grabchrift für das unglückliche Opfer? (D.R.)

Luxemburg, 10. April. Am Sonntag wurde hier von Interessenten, meist Mitgliedern der Handelskammern, aus Arlon, Trier und Luxemburg eine Versammlung gehalten, um den Plan einer belgisch-luxemburgisch-preussischen Eisenbahn seiner Verwirklichung näher zu führen. Es wurde deshalb ein Comité erwählt, an dessen Spitze Herr Gb. Weg steht, um die weiteren Schritte zu thun. Eine Unterstellung, als werde Preußen, aus Besorgniß, es könne die Rheinhandelsstraße durch diesen neuen Verbindungsweg des Nordens mit dem Süden beeinträchtigt werden, dem Unternehmen Schwierigkeiten in den Weg legen, wurde keiner weiteren Beachtung für werth gehalten.

Frankfurt, 11. April. Die Rückäußerung des Senats in Bezug auf den Antrag für Anschluß an das Bündniß vom 26. Mai und auf das Interim ist der gesetzgebenden Versammlung in ihrer heutigen Sitzung vorgelegt: den Inhalt haben wir bereits anticipirt. Der Senat will „neutral“ sein und weder den preussischen Bundesstaat, noch, wie er in einer übrigens von Freundlichkeit gegen Oesterreich und von Hoffnung auf das Resultat der unter seinen Auspicien zu Stande gekommenen Vorschläge überfließenden Zuschrift an den österreichischen Geschäftsträger erklärt, der Münchener Verfassungsausschließung beitreten; das Interim angehend, glaubt er der Zustimmung der gesetzgebenden Versammlung verfassungsmäßig nicht zu bedürfen. Die auf den ersten Punkt bezüglichen Aktenstücke wurden ohne weitere Bemerkung derselben Commission überwiesen, welche über den Donnerstags Antrag zu berichten gehabt; die staatsrechtliche Theorie aber, auf welche gestützt der Senat sich der Zustimmung der Volksvertretung zu einem Vertrage wie das Interim, überheben zu können glaubt, stieß auf starken und fast stürmischen Widerspruch. Eine Commission wird den Gegenstand begutachten. (D. 3.)

— Wie man erfährt, hat heute Sr. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen seine Inspektionsreise nach Luxemburg und Trier angetreten; er wird in letzterer Stadt einige Tage verweilen. (Fr. 3.)

Altona, 13. April. So eben 3¼ Uhr ist mit dem Güterzuge der Altona-Kieler Bahn der General Bonin auf seiner Rückreise nach Berlin in Altona angekommen, begleitet vom Herzog von Augustenburg nebst Sohn, dem Hauptmann Blumenthal und einigen sonstigen Offizieren. Auf dem Bahnhofe ward derselbe von den Stabsoffizieren des in Altona kantonirenden Jäger-Bataillons und des 1. Dragoner-Regiments, so wie einiger in Altona zufällig anwesenden schleswig-holsteinischen Offiziere anderer Bataillone empfangen, während in der Palmalle das Jäger-Bataillon und eine Schwadron Kavallerie (letzte zu Fuß) en parade aufgestellt waren. In Begleitung des Hrn. Obrist-Lieutenants Haan v. Weyherrs und Majors v. Gersdorff ging er demnächst der Fronte entlang und nahm Abschied, während die Jäger-Musik „Schleswig-Holstein“ spielte. Nachdem darauf das Bataillon und die Schwadron sektionsweise bei ihm vorbei defilirt waren und dem General ein Hoch gebracht hatten, begab sich derselbe sichtlich gerührt, in das für ihn in Bereitschaft gehaltene Logis des Hrn. H. W. Lange hier selbst. (H. B. 5.)

Kiel, 12. April. Das in Flensburg verbreitete Gerücht von der Besetzung Gravensteins durch die Dänen scheint absichtlich ausgebrengt zu sein, da wir sonst heute bestimmte Nachrichten gehabt haben würden.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. April. Es ist eine sonderbare Situation, worin wir uns befinden. In dem einen Augenblicke scheint der Friede vor der Thür zu stehen, im nächsten Augenblick entfernt sich wieder der Gegenstand der lebhaftesten Hoffnungen. In dem letzten Falle scheinen wir augenblicklich zu sein, indem Preußen in einem „Ultimatum“ Bedingungen aufgestellt hat, welche von einer solchen Art sind, daß wir, wenn wir sie

annahmen, uns auf einen neuen Krieg bereit machen müßten. Denn was anders ist es wohl, als die Herrschaft der in der schleswigschen Provinzial-Stände-Versammlung dominirenden Partei, welche Preußen von Dänemark durch den Frieden garantiert verlangt? Und unter welchen Verhältnissen würde diese Herrschaft der privilegierten Klassen (die höhere Bourgeoisie und die Bureaucratie) installiert werden, nach einem zweijährigen Kriege, nach einer unermüdblichen Agitation, auf eine selbstständige Armee gestützt? Mit andern Worten: Preußen will Dänemark in eine ärgere Stellung bringen, als die vormärzliche; und Dänemark sollte Alles, Alles aufgeben, wofür es seit zwei Jahren mit einer (unserer Feinde, wenn sie aufrichtig sein wollen, müssen dies selbst eingestehen) achtungswerthen Energie kämpft! Eben so gut könnte man von Dänemark verlangen, es solle rein heraus sagen: Pater peccavi. — Wir bezweifeln indeß sehr, und zwar mit dem besten Grunde, daß das dänische Volk, welches jetzt eine ziemlich klare Anschauung von seiner Lage besitzt, geneigt sein wird, auf die Selbstständigkeit Schleswigs im preussischen Sinne einzugehen. Herr von Radowicz hat gesagt, wir müßten erst müde gemacht werden, Herr von Radowicz hat insoweit Recht, als wir wirklich, wenn wir hinlänglich müde gemacht worden sind, auch demüthiger sein werden. Vorläufig sind wir indeß nicht müde genug, um ruhig Schleswig hingeben zu wollen. Preußen hat also nur den Ausweg übrig; die Unterhandlungen abzubrechen und in Zütlund einzurücken. Aber dann fangen auch unsere „Müdebemachereien“ an, und chi dura vince (S. C.)

Oesterreich.

Wien, 13. April. Am 11. traf F.-J.-M. Baron Hef in Reichenberg ein und setzte seine Inspicirungsreise bis an die preussische Grenze über Friedland fort. Der Bresl. Z. schreibt man: Die Reise des Feldzeugmeisters Hef nach dem Norden giebt zu ernsthaften Gerüchten Veranlassung; es ist Thatsache, daß er auf der Durchreise in Olmütz Befehl zur Aussteckung eines großen Lagers im Thal der Hanna ertheilte und sofort an die preussische Grenze eilte, wo er in Troppau, Jägerndorf, Johannisberg u. s. w. gleichfalls umfassende Vorkehrungen militärischer Natur traf, die insgesammt auf die Aufstellung namhafter Streitkräfte an der Grenze hindeuten. In Böhmen, wohin er sich sodann begab, erfolgte die Weisung einer engeren Concentrirung der Truppen zwischen Teplitz und Tepliz, und zugleich überbrachte er eine große Anzahl genauer und abjurirter Straßenkarten der norddeutschen Staaten.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge sind die an der preuss. Grenze aufgestellten russischen Truppen 160,000 Mann stark und vermehren sich durch fortwährende Zuzüge. 50,000 Mann sind asiatische Völker, Kasakern, Tscherkessen u. s. w., durchgehends beritten. — Die Offiziere glauben, daß es jedenfalls von Kriegen kommen werde, weil die von der Regierung getroffenen Maßregeln zur Verpflegung u. dergl. sonst nicht so außerordentlich wären. Wohin der Sturm losbrechen werde, ist der ganzen Armee, vom kommandirenden General bis zum Gemeinen, aber ein tiefes Geheimniß!

Prag, 5. April. Um den zahlreichen Uebertritten zum Protestantismus entgegenzuwirken, gedenkt man hier die Jesuiten einzuführen. Dieser Tage haben sie bereits eine durch viele Jahre öde bestehende Kirche, die sogenannte Convictskirche, um 62,000 Fl. C.-M. käuflich an sich gebracht. Dem Vernehmen nach werden sie auch eine öffentliche Schule daselbst gründen. (Schles. Z.)

Frankreich.

Paris, 10. April. Ekel, Granen und Lächerlichkeit bilden die Mischung der Eindrücke, welche die sozialistischen Wahlversammlungen erregen. Den ausführlichen Mittheilungen des Const. und anderer Journale darüber entlehnen wir Folgendes. — Im Saal Mariell waren etwa 2000 Bürger und 50 Bürgerinnen versammelt. Der Präsident begann mit brüllender Stimme: „Ich protestire mit aller Macht meiner demokratischen und sozialen Ueberzeugungen gegen die Gegenwart des Polizeikommissarius. Das ist ein Attentat gegen die Majestät des souverainen Volkes, und ich erkläre — die Sitzung für eröffnet!“ — Es handelt sich darum, 15 Beauftragte zu ernennen; 28 Kandidaten treten auf. Man schlug vor, die alten beizubehalten, doch ein Redner schrie: „Das ist antidemokratisch; das Volk muß Wahlen haben, immer Wahlen, bei jeder Gelegenheit Wahlen!“ Der Präsident stellt nun folgende Frage für die Beauftragten: „Werdet Ihr für einen Kandidaten zum Volksvertreter stimmen, der das allgemeine Stimmrecht über die Republik setzt?“ Der Zweck dieser Frage ist klar. Sie ist gegen die Kandidatur Girardins gerichtet, da er bei den Wahlen des 10. März erklärt hatte, das allgemeine Stimmrecht sei über der Republik. So ist das Mittel gefunden, seine Kandidaten zu beseitigen, und den Beauftragten ein bestimmtes Mandat zu geben. Unter den Beauftragten, die sich über die Frage erklärten, war einer, ein Buchhalter, welcher schrie: „Ich verfluche die Majoritäten! Ist es nicht eine Majorität gewesen, die Christus verurtheilt hat?“ — Dieser Würdige wird natürlich mit Affirmationen gewählt. — Die Ausschließungen sind nicht minder merkwürdig als die Zulassungen. Ein Redner setzt seine Anrechte zur Kandidatur auseinander. Ich bin Juni-Zusurgent, (Beifall) ich war transporirt. (Acclamationen.) Doch um die Republik zu retten, bedarf es einiger Verschmelzungen. (Wüthendes Geschrei, Pfiffe, der Kandidat muß herunter von der Tribune!) — Ein anderer hatte erklärt, daß die Republik über dem allgemeinen Stimmrecht stehe. Man bewies ihm, daß er früher anderer Meinung gewesen. Er mußte herunter! — In der Versammlung zu Montmartre erklärte ein Redner gleich beim Beginn: „Er wolle die demokratische Republik, und noch einiges Andere darüber hinaus!“ (Lachen und Beifall.) — Ein Juni-Transportirter rief zur Klugheit. „Ich habe die Pontons gekostet und habe keine Lust dahin zurück zu kehren.“ Dafür tadelte ein anderer Redner seine Laune. Man lebe im Kriege, man müsse revolutionär handeln, die Mäßigung sei der Verderb der Revolutionen. Auch hier wurde den Beauftragten ein bestimmtes Mandat gegeben. Sie mußten erklären, daß sie die Republik quand même anrecht halten würden. — In der Eremitage zu Neuilly und an anderen Punkten, ging es in den Versammlungen ganz ähnlich her. In der letzten Versammlung nannte der erste Redner die Royalisten „die Schweiß-Wampyre des Volkes!“ Aber er setzte noch hinzu: Man trachte darnach, etwas reinliche Beauftragte zu wählen, damit die seidenen Westenträger nicht sagen könnten, man habe die Beauftragten aus dem Dr. . . . geholt. — Ein Redner schrie: „Louis Bonaparte ist von verfl. . . . Schuften umgeben, wie Thiers und Montalembert. Der Präsidentkäuferte: „Der große Gensd'arm der Reaction, der Kaiser von Rußland, wäre bei-

nabe vor Schrecken gestorben, als er das Resultat der Wahlen des 10. März erfuhr!“ — Diese Fakta, wenn es deren noch bedarf, werden hinreichen, Geist und Charakter, Einsicht und Ansicht dieser edlen Versammlungen zu würdigen.

Paris, 11. April. Man spricht viel von einer völligen Ausöhnung der Herren Lamartine und Louis Bonaparte. Der Letztere soll sogar dem Ersteren einen hohen diplomatischen Posten angeboten haben. Man kennt zwar nicht die Einzelheiten dieses Anerbietens, soviel steht jedoch fest, daß sich Lamartine in den mit Louis Bonaparte gehaltenen Conferenzen, denen nur der Minister des Aeußeren beigewohnt hat, nicht sehr abgeneigt gezeigt hat.

Paris, 12. April. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung wurde der Antrag Combarel de Leyval's angenommen.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde die Debatte über die Avignon-Eisenbahn auf Antrag des Arbeits-Ministers vertagt, damit die Rechnungs-Aufstellungen für die Theilung in zwei Linien ungeändert werden könnten.

— So eben verbreitet sich das Gerücht, Minister Baroche habe die Lokale dreier Wahl-Versammlungen schließen lassen.

— An der Börse war heute das Gerücht verbreitet, zu Angers hätten sozialistische Demonstrationen der dortigen Garnison stattgefunden. (Köln. Z.)

Paris, 12. April. In allen vorbereitenden Wahlversammlungen haben sich die sozialistischen Wähler entschieden gegen Girardin ausgesprochen. Wenn ein Kandidat zur Delegation ins Wahlcomité nur den Namen Girardin nannte oder eine Anspielung auf ihn machte, riefen die Zuhörer sogleich: „Nieder mit den Girardinisten!“ In allen Stadtbezirken wurden nur diejenigen Kandidaten in das Wahlcomité gewählt, welche die Frage, ob sie die Republik über der Majorität stehend betrachteten, bejahten. Girardin ist denn auch von seiner Kandidatur zurückgetreten. Die Assemblée Nationale fordert heute Herrn F. Foy entschieden auf, ebenfalls von der Kandidatur zurückzutreten. In der Voix du Peuple finden sich heute zwei Briefe an E. Girardin. Der erste ist von einem kürzlich freigelassenen Juni-Transportirten, dem Bronze-Arbeiter Colsaoru. Er weist den Redacteur der Presse darauf hin, wie Eintracht jetzt vor Allem nöthig sei, wie nicht der Haß, sondern die Liebe Frankreich retten könne, wie ungerichtet und wenig passend daher der dem als Kandidaten aufgestellten Herrn Dupont de l'Eure gemachte Vorwurf gewesen. „Auch über mich“, jagt der Verfasser des Briefes, „sind all die Qualen der Transportation ergangen, auch mich hat die Verleumdung der gemäßigten Journale in meinen heiligsten Gefühlen verletzt. Der Gedächtnis von gestern, heute zum freien Bürger geworden, kennt nur Ein Bedürfnis: Vergessen. Nicht in die trübe Vergangenheit will ich zurücksehen, sondern vorwärts den Blick auf die gemeinsame Hoffnung der Zukunft richten. Im zweiten sucht D. Meunier durch Thatsachen nachzuweisen, daß Dupont de l'Eure in dem Leben eines Mannes die Opposition eines halben Jahrhunderts repräsentire.

Paris, 14. April, Abends 8 Uhr. Der heutige „Napoleon“ bringt die ihm auf telegraphischem Wege zugekommene Nachricht, daß der Papst Terracina passirt und am 8ten nach Grosinona gegangen sei.

Paris, 14. April. Abends 8 Uhr. Das sozialistische Wahl-Comité hat Eugen Sue als Kandidat aufgestellt. (D.R.)

Das Deportations-Gesetz wird wahrscheinlich verworfen werden, weil dessen rückwirkende Kraft bedeutende Gegner findet. Gleiches Geschick droht den Gesetzen über Presse, Clubs und Bürgermeister.

120 gemäßigte Repräsentanten versammelten sich im Staats-Conseil. Thiers beantragte ihre Mitwirkung für die zu nehmenden conservativen Maßregeln. Berryer antwortete: die legitimistische Partei wolle keineswegs ihre Zukunft auf eine Weise, die ihre Interessen compromittire, aufs Spiel setzen.

Griechenland.

Athen, 2. April. Das französische Dampfboot, aus Marseille kommend, brachte uns unter anderen auch ein Schreiben unvers. Gesandten in Paris, Hrn. Trifupis, an die griechische Regierung. Derselbe versichert die Ankunft einer weitem Note Rußlands an die Gesandten desselben in London und Paris, unterzeichnet in St. Petersburg den 23. Febr. Der Kaiserliche russische Gesandte, Herr Risseff, las ihm dieselbe vor. Die Kaiserliche Regierung besteht nach dem Inhalte dieser Note fest darauf, daß die weggenommenen Schiffe zurückgegeben werden, sowohl die der Regierung wie der Privaten, daß ferner die Angelegenheit zwischen England und Griechenland in London zum Gegenstande einer Conferenz gemacht, und daß endlich Griechenland entschädigt werde von England im Betrag des Mehrwerthes der weggenommenen Schiffe zu den geforderten Entschädigungen. (?) Im entgegengesetzten Fall, fügt Graf Nesselrode hinzu, würde die Kaiserliche Regierung keine Handlung des außerordentlichen Gesandten Frankreichs, Baron Gros, anerkennen, weil sie unter einer solchen Gestalt der Dinge geschehen wäre, d. h. ohne die Zurückgabe der Schiffe und der Wiederherstellung der Dinge in Griechenland wie vor dem 4. Jan. Den Versicherungen des Hrn. Trifupis zufolge hat die französische Regierung diese Vorschläge bereitwillig aufgenommen. (??) (A. Z.)

— Der Pandorabüchse griechischen Ungemachs ist der Stoff einer frischen Reclamation entzogen. Ein Siebeninsulaner, Balsamaly, fordert 25,000 Pfd. St. wegen grundlos und darum gesetzwidrig gegen ihn verhängten Untersuchungshaft und der dadurch entstandenen Zerrüttung seiner Vermögensumstände. Eine Anzahl ähnlicher Entschädigungsansprüche ist, wie verlautet, vorbereitet. (D. Z.)

Iräus, Dienstag, 9. April. Die Konferenzen werden fortgesetzt. Die britische Flotte hat das Jahresfest der griechischen Erhebung mitgefeyert.

Türkei.

Konstantinopel, Sonnabend, 6. April. Die Flüchtlingsfrage ist gelöst. Heute fand die Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs zwischen der Pforte und Oesterreich statt.

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 15. April. Heute hat der Oberbürgermeister Hering den Mitgliedern des Magistrats den Eid auf die Verfassung abgenommen.

— An Stelle des bisherigen Vice-Consuls Krause ist der Kaufmann Heinrich Engel zum englischen Consular-Agenten in Swinemünde ernannt worden.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1 1/2 Sgr.; frei in's Haus; 2 1/2 Sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 Pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 89.

Mittwoch, den 17. April.

1850.

Insertionspreis 6. Pf. für die dreispalt. Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

Eingaffirte Fremde.

Den 15. April.

Hotel de Prusse. Lieutenant v. Bonin aus Nau-
gard; Gutsbesitzer v. Wenden aus Puffenberg, von
Wolff, Kaufmann Krüger aus Berlin.

Hotel de Russie. Prediger Freese, Oberst v. Dan-
bahr aus Berlin.

Drei Kronen. Gutsbesitzer v. Puffkammer a. Sar-
rentin, Hüfenett aus Schönau, Ravenslein a. Alt-
klücken; Kaufleute Nau aus Frankfurt a. M., Krä-
mer aus Freudenberg.

Hotel du Nord. Kaufleute Franz aus Königsberg,
Knips aus Frankfurt a. M., Breslauer aus Posen.
Schmidt aus Hohenweiden; Amtmann Silber aus
Stargard; Mühlenbesitzer Hauslage aus Stolzen-
hagen; Gutsbesitzer Fernow aus Ostfläme.

Hartwigs Hotel. Kaufleute Appel aus Posen,
Martin aus Frankfurt a. M., Rohrig aus Nordhau-
sen, Liebig aus Berlin.

Hotel de Petersbourg. Kaufleute Reinhardt aus
Leipzig, Rittinghausen, Rentier Freese aus Berlin;
Oberförster Meyer aus Stepenitz; Oberamtmann
Krause aus Rißnow; Madame Loose aus Wollin;
Gutsbesitzer Conrad aus Pr. Stargard; Lieutenant
Aker aus Swinemünde.

Fürst Blücher. Kaufmann Pluns aus Hamburg.

Zu den diesjährigen Festungsbauten sind noch erfor-
derlich: 189,500 Stück gute Mauerziegel, zum Theil
vorzüglicher Hartbrand von den gewöhnlichen Dimen-
sionen, nämlich 10 Zoll lang, 5 Zoll breit und gegen
2 1/2 Zoll dick, 550 Tonnen guter Müdersdorfer Stein-
kalk und 205 Schachtrüben gesprengte Feldsteine.

Diese Materialien sollen in kontraktmäßigen Liefe-
rungen beschafft werden, so zwar, daß die ersten Sen-
dungen spätestens Mitte Mai e. erfolgen.

Lieferungslustige, welche aber Selbstproduzenten sein
müssen, können schriftlich portofrei ihre Offerten bald-
igst, und spätestens den 30sten April e., in dem For-
tifikations-Bureau abgeben und des Weiteren gewärtig
sein.

Von den Zieglern müssen Probeleine eingereicht wer-
den. Unter 50 Mille Steine und 100 Tonnen Kalk
darf eine Lieferungs-Offerte nicht gemacht werden.

Die Materialien werden auf die resp. Baupläne oder
die Schiffswerke frei geliefert; der Kalk wird nicht
nach Tonnen, sondern nach dem cubischen Inhalte, den er
geliefert ausgiebt, berechnet.

Die Lieferanten haben ihre Forderungen auf cubi-
schen Inhalt geldschten Kalk zu stellen.

Stralsund, den 10ten März 1850.

Die Königl. Fortifikation.

Bekanntmachung.

Ein im Dammschen See zwischen dem Bergland-
schen Werder und dem schwarzen Ortsbruch bei einer
Wassertiefe von etwa 12 Fuß versunkener Ockerfahn
soll durch den Mindestfordernden herausgezogen werden.
Die Bedingungen sind bei dem Unterzeichneten, Breite-
straße No. 376, und im Geschäftszimmer des hiesigen
Königlichen Landrathamtes, Louisenstraße No. 739, ein-
zusehen. Versiegelte und frankirte Anerbietungen nimmt

Vermischtes.

Berlin, 15. April. Am 21. März wurde zu London in dem Baur-
hall-Garten ein Versuch mit dem „Feuervernichter“ gemacht. Ein
leicht aufgezimmerter, mit Theer und Terpentin angestrichenes Gebäude
wurde in Brand gesteckt und brannte bald lichterloh. Nun richtete der
Erfinder des Fire Annihilator eine seiner Maschinen, die nicht größer
war als eine große Kaffeekanne, gegen den Brand, und warf einen Strom
seines Gasdampfes hin, der in einer halben Minute die Flammen und den
Brand vollkommen dämpfte.

— Die zum Andenken und nach den Gedanken Pestalozzis in der
Nähe von Berlin zu errichtende Musteranstalt für Waisenerziehung wird
im Herbst dieses Jahres ins Leben treten. Der Verwaltungsrath ist jetzt
mit dem Beginn des Werks beschäftigt.

der Unterzeichnete bis zum 29sten April d. J., Nach-
mittags 2 Uhr, entgegen, zu welcher Stunde sie wer-
den eröffnet werden.

Stettin, den 14ten April 1850.

Der Königl. Wasser- u. Bau-Inspektor
S. Gärtner.

Gerichtliche Vorladungen.

Proclama.

Auf den Antrag des Gastwirths Nehls in Bieck und
zur Begründung eines von demselben gestellten Indult-
gesuchs werden alle diejenigen, welche an das Vermö-
gen desselben, in specie sein in Bieck belegenes Wohn-
haus e. p. aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche
und Forderungen machen, aufgefordert, diese in einem
der auf

den 16ten und 30sten April, sowie 14ten Mai,
jedesmal Morgens 10 Uhr,
anberaumten Termine glaubhaft anzumelden, bei Ver-
meidung des Ausschlusses.

Greifswald, den 23sten März 1850.

Königl. Kreis-Gericht; I. Abtheilung.

(L. S.) Dr. Tesmann.

Auktionen.

Auktion am 31sten April e., Vormittags 11 Uhr,
Breitestraße No. 390, über ein Billard nebst Zubehör.
Reisler.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Ein Flügel-Pianoforte,
woherhalten, von schönem Ton, steht zum Verkauf
Grapengießstraße No. 168, 2 Treppen.

Alle Sorten Prober, als: **Alcoholome-
ter, Areometer, Laugen-
Bier-, Branntwein-Prober,
Getreide-Waagen** etc., sind stets
vorrätig und garantirt für deren Richtigkeit

**G. A. Neubert,
Mechanikus und Optikus,
Frauenstr. No. 918.**

Verpachtungen.

Verpachtungs-Anzeige.

Die in der Nähe von Halberstadt und Oscherleben
belegene Herzogl. Anhalt-Desauische Domaine in Gr.
Alleben nebst den Vorwerken in Altsendorf und dem
unweit Peimersleben belegenen Klosterhofe mit

circa 2724 Morgen Acker, incl. 200 Morg. umgeris-
sene Püttung,

= 200 = Wiesen,
= 377 = Püttung,
= 14 = Gärten,

ingleich mit der Brennerei, Brauerei und Jagd, soll
den 24sten Mai d. J., früh 10 Uhr,
im Lokale der unterzeichneten Herzogl. Regierung von
Johannis 1850 ab auf 18 Jahre an den Meistbieten-
den verpachtet werden.

Wünscht der Pächter eine Rübenzuckerfabrik anzu-
legen, so soll die Pachtzeit nicht nur auf 30 Jahre
ausgedehnt, sondern auch wegen Vergrößerung des be-
nötigten Areals zum Rübenbau dem Pächter gestattet
werden, einen Theil der Wiesen und Püttungen in Acker
umzuwandeln.

Die nähern Verpachtungsbedingungen sind bei unse-
rer Kanzlei gegen Zahlung der Abschreibgebühren zu
erhalten. Zur Sicherheit seines Gebots hat der Best-
bietende eine Kaution von 1000 Thln. im Termine
zu erlegen.

Desau, den 12ten April 1850.

Herzogl. Anhalt. Regierung. Abtheilung für
Domainen und Forsten.
B a s e d o w.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Geschäfts-Verlegung.

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich
mir die ergebene Anzeige, daß ich jetzt mein
Geschäft von der Breitenstraße nach der

Frauenstr. No. 918

verlegt habe, und bitte ich, mir das bisher
geschenkte Zutrauen auch in meinem neuen Lo-
kale zu Theil werden zu lassen, indem es auch
hier mein Bestreben sein wird, die geschätzten
Aufträge zur besten Zufriedenheit auszuführen.

G. M. Neubert,

Mechanikus und Optikus.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige,
daß ich mich hierorts

Grapengießstraße No. 418

als Uhrmacher etablirt habe, und empfehle mein
auf gegenwärtiger Leipziger Messe durch persön-
lichen Einkauf aus den renommirtesten Fabriken
Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz im
neuesten Geschmack wohlaffortirtes Lager von Uhren
aller Gattungen, für deren Solidität und richtigen
Gang ich garantire. Gleichzeitg empfehle ich mich
zur Uebernahme aller vorkommenden Reparaturen
an Uhren jeder Art, und verspreche bei promptem
und reeller Bedienung möglichst billige Preise.

E. T. Vilmar, Uhrmacher.

Potsdam, 12. April. In vergangener Nacht halb 12 Uhr wurde
die Leiche des hier verstorbenen Premier-Lieutenants vom 1sten Garde-
Regiment zu Fuß, Berthold von Wigleben, mit Fackeln begleitet, von Of-
fizieren nach Berlin überführt, um in dem Erbgrabniß der Familie bei-
gesetzt zu werden. Sein Vater war der verstorbene Kriegsminister von
Wigleben. Dieser Todesfall eines geachteten Offiziers in der so früh ge-
welkten Blüthe der Jahre erregt um so mehr Theilnahme, als seine frühere
Braut, um ihm in seiner unheilbaren Krankheit ihre liebevolle Pflege wid-
men zu können, sich ihm am Sterbebett antrauen ließ. (W. J.)

London, 9. April. Im Norden und Süden Irlands drängen sich
Demonstrationen zu Gunsten des Pachtrechtes und des niedrigen Pacht-
preises mit reißender Geschwindigkeit. Eine sehr zahlreich besuchte Ver-
sammlung fand am vergangenen Donnerstag in Lisburn statt; die bei jener
Gelegenheit gehaltenen Reden waren, vergleichsweise gesprochen, in ihrem

